

Contracting stärker nutzen

[09.12.2021] Eine Studie des BDEW zu Energiedienstleistungen für Kommunen kommt zu dem Schluss, dass die Contracting-Potenziale bei der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude stärker genutzt werden müssen.

In vielen Kommunen gibt es hohen Investitionsbedarf in den Bereichen Mess- und Regeltechnik, Lüftung/Klimatisierung, aber auch bei der Integration erneuerbarer Energieträger. Im kommunalen Umfeld bestehen zum Teil erhebliche Potenziale für Energiedienstleistungsangebote von Energieunternehmen. Das zeigt die im Auftrag des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) durchgeführte Studie „Energetischer Modernisierungs- und Sanierungsbedarf kommunaler Gebäude ? Option für kommunale Energiedienstleistungsangebote?“ des KOWID – Kompetenzzentrum Öffentliche Wirtschaft, Infrastruktur und Daseinsvorsorge. Einerseits entwickeln Kommunen zunehmend Klimaschutz- und Sanierungskonzepte, andererseits zeigen sich steigende Anteile für Sanierungsmaßnahmen in den Haushalten. Gleichzeitig bestehen nach wie vor Hemmnisse für die Umsetzung von Energiedienstleistungen durch Anbieter wie Energieunternehmen. Hier können gezielte Informationen für die Entscheidungsträger zusätzliche Nachfrageimpulse auslösen. Andererseits setzen bereits heute viele Kommunen erfolgreich Sanierungs- und Klimaschutzmaßnahmen gemeinsam mit Energiedienstleistern um.

Die Studie, für die Kommunen der Größenklasse ab 20.000 Einwohnern befragt wurden, liefert einen strukturellen Einblick in das Investitionsgeschehen in Kommunen: So bestehen zum Teil erhebliche Investitionsbedarfe, die auch im Bereich Mess- und Regeltechnik, Lüftung/Klimatisierung, aber auch bei der Integration erneuerbarer Energieträger gesehen werden, wobei es oftmals Vorbehalte gegen eine Fremdumsetzung oder Umsetzung mit neuen Modellen gibt. Die Studie empfiehlt unter anderem die Entwicklung von einheitlichen haushaltsrechtlichen Verfahren und den Abbau rechtlicher Hemmnisse. So können Energiedienstleistungen noch mehr zum wichtigen Instrument zur Unterstützung kommunaler Sanierungs- und Klimaschutzinvestitionen werden. Contracting oder ÖPP-Modelle werden insbesondere im Bereich Dämmung und Gebäudesanierung eher selten (unter 20 Prozent) in Erwägung gezogen, in Bereichen wie etwa Mess- und Regeltechnik, Gebäudeautomation oder Erneuerbare Energien werden Partnermodelle zum Teil zu über 50 Prozent einbezogen. Als möglicher Contracting-Partner wird ganz überwiegend (85 Prozent) der regionale Energieversorger oder das Stadtwerk gesehen. Vorbehalte gegenüber Contracting-Modellen sind zum großen Teil unspezifisch, etwa durch Informationsmangel oder die Wettbewerbssituation. Auch stehen Contractoren oft im Wettbewerb zu günstigen Kommunalkrediten. Von den Befragten kommunalen Entscheidungsträgern wurden zudem mehrere rechtliche Hemmnisse und Unsicherheiten aus dem Kommunal- bzw. Haushaltsrecht identifiziert. Im Fazit empfiehlt die Studie unter anderem die Entwicklung von einheitlichen haushaltsrechtlichen Verfahren und im Abbau rechtlicher Hemmnisse. So können Energiedienstleistungen noch mehr zum wichtigen Instrument zur Unterstützung kommunaler Sanierungs- und Klimaschutzinvestitionen werden.

(ur)

Die Studie steht hier auf der Internetseite des BDEW zum Download zur Verfügung.

Stichwörter: Unternehmen, BDEW, Contracting